

Positionen des BDJ und DBJR zu Thesen des Wahl-O-Maten zur Brandenburger Landtagswahl 2019

Es wurden Aussagen des Wahlomaten ausgewählt, zu denen Positionen seitens des Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und/oder des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) vorliegen.

Neben den Positionen des BDKJ und/oder DBJR werden die Positionen der in den Umfragen über fünf Prozent liegenden Parteien dargestellt. Die Positionen aller Parteien zu den Aussagen des Wahlomaten können nach Durchführen des Wahl-O-Maten angesehen werden: <https://www.wahl-o-mat.de/brandenburg2019/>

Das Wahlalter bei Landtagswahlen in Brandenburg soll auf 14 Jahre gesenkt werden.

BDKJ-Beschluss 2019:

„Die Teilnahme an politischen oder kirchlichen Wahlen ist in der Regel erst ab einem bestimmten Alter - zumeist ab 14, 16 oder 18 Jahren - möglich. Wir in den katholischen Jugendverbänden fordern, dass eine Beteiligung junger Menschen nicht erst ab 14 Jahren beginnen darf, sondern diese durch eine aktive Einbindung in politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse auch eher dazu befähigt werden können, ihre Meinung einzubringen. [...]

Als katholische Jugendverbände fordern wir die Entscheidungsträger*innen in unserer Politik, Kirche und Gesellschaft auf: [...]

Wahlalter absenken!

Kinder und Jugendliche sollen selbst mitbestimmen können. Bisherige Altersgrenzen sind willkürlich gezogen und müssen sich an der aktuellen Lebenswirklichkeit orientieren. Es ist unbedingt notwendig das Wahlalter abzusenken und jungen Menschen das aktive Wahlrecht zuzusprechen.

Wir fordern die Politiker*innen auf, sich für entsprechende Änderungen der Gesetze einzusetzen.

Ein Stellvertreter*innenwahlrecht lehnen wir ab!“

BDKJ (2019): „Jugend beteiligen jetzt!“, Zugriff (21.08.19): https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.84_Jugend_beteiligen_jetzt.pdf

DBJR-Beschluss 2016:

„Der Deutsche Bundesjugendring bekräftigt seinen Beschluss vom Oktober 2006 und fordert den Bundestag und die Landesparlamente auf, das aktive Wahlalter auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene auf 14 Jahre zu senken.

DBJR (2016): „Senkung des Mindestwahlalters“, Zugriff (21.08.19): <https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2016/2016-DBJR-vv-Beschluss-wahlalter.pdf>

SPD	„Demokratie muss gelebt und gelernt werden. Deshalb ist für uns wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen einbringen. Als eines der ersten Bundesländer haben wir deshalb das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abgesenkt.“
CDU	„In Brandenburg haben wir gute Erfahrungen damit gemacht, für Landtags- und Kommunalwahlen das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Jugendliche generell ab 16 Jahren wählen dürfen. Wir stärken unsere Demokratie, wenn wir Menschen schon früh politisch einbeziehen. Eine weitere Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre lehnen wir hingegen ab. Jugendliche müssen beim Wählen in der Lage sein, komplexe Politik zu erfassen und einzuordnen. Wahlen sind kein Spiel.“
Linke	„Junge Menschen sind heute sehr viel früher politisch interessiert und engagiert als ihre Eltern oder Großeltern. DIE LINKE hat vor diesem Hintergrund zusammen mit anderen Parteien 2012 das Wahlalter 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen eingeführt. Weitere Schritte sind aus unserer Sicht denkbar, sobald es im Land entsprechende politische Mehrheiten gibt.“
AfD	„Volle Geschäftsfähigkeit erlangt man erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres, weil junge Menschen je nach ihrem Entwicklungsstand bekanntermaßen die Folgen ihres Tuns u. U. nur sehr eingeschränkt überblicken können. Umso mehr gilt dies für die Abgabe einer Wählerstimme, die weitreichende Folgen haben kann.“
Grüne	„Wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber und haben uns im Wahlprogramm dafür ausgesprochen, eine gesellschaftliche Diskussion zu diesem Thema zu initiieren. Die jungen Menschen müssen in der Zukunft die Folgen der politischen Entscheidungen von heute tragen. Sie sollten also so früh wie möglich eingebunden werden. Ein Wahlalter ab 14 würde auch garantieren, dass bei allen die erste Wahl noch in der Schule begleitet werden kann.“
FDP	„Wir Freie Demokraten wollen, dass das Wahlalter für die Wahlen zum Landtag weiter bei 16 Jahren bleibt.“

An der Grenze zu Polen sollen ständige Personenkontrollen durchgeführt werden.

BDKJ-Beschluss 2016:

„Wir stellen uns Renationalisierungstendenzen innerhalb der Europäischen Union entgegen! Keine Generation vor uns erlebte ein geeinteres und offeneres Europa. Die großen Herausforderungen werden wir nur europäisch bewältigen! Deshalb erwarten wir statt zunehmender Abschottung und Ausgrenzung konstruktive Zusammenarbeit.“

BDKJ (2016): „Wir widersprechen - weil wir glauben!“, Zugriff (21.08.19):

https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3_77_Wir_widersprechen_weil_wir_glauben.pdf

BDKJ-Beschluss 2014:

„Wir fordern, dass die Freizügigkeit als hohes Gut in der Europäischen Union uneingeschränkt gewährt wird.“

BDKJ (2014): „Ein wirksames Zeichen der Einheit in der Vielfalt“, Zugriff (21.08.19):

https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/6/6_12_-_Ein_wirksames_Zeichen_der_Einheit_in_der_Vielfalt.pdf

SPD	„Die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn genießt in Brandenburg Verfassungsrang. Von jeher sind Brandenburg und Polen eng verknüpft. Wir werden die guten Ansätze der nachbarschaftlichen Kooperation mit Polen im Bereich Sicherheit, Zivilgesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Bildung konsequent und erfolgreich weiterentwickeln.“
CDU	„Die CDU Brandenburg steht für Sicherheit, Recht und Ordnung. Um die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre zu korrigieren, starten wir eine umfassende Sicherheitsoffensive. Unter anderem werden wir die Polizeipräsenz in der Grenzregion zu Polen dauerhaft erhöhen. Anstelle dauerhafter Grenzkontrollen halten wir jedoch verstärkte Kontrollen im Hinterland und Schleierfahndungen für wirkungsvoller. Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit wollen wir ausbauen.“
Linke	„Die europäische Idee, dass die Völker des Kontinents grenzenlos, offen, friedlich, miteinander in sozialer Wohlfahrt leben, ist im Kern eine linke Idee. Für uns ist das Reisen ohne Grenzkontrollen innerhalb der EU nicht mehr wegzudenken, es wäre in einer EU des freien Warenverkehrs auch absurd. Gegen die grenzüberschreitende Kriminalität braucht es spezialisierte Ermittlungseinheiten der Polizei und der Staatsanwaltschaften, die wirksam auf solche Kriminalitätsphänomene reagieren.“
AfD	„Stärkere Personen- und Fahrzeugkontrollen an der polnischen Grenze können die illegale Einwanderung sowie die Schleusung von Diebesgut oder Drogen erheblich eindämmen. Die Kontrollen können effektiv durchgeführt werden u.a. durch (fahrbare) Röntgenanlagen, welche die Beladung auch von großen LKW schnell erfassen und versteckte Personen erkennen. So wird es bereits an den Grenzen der USA zu Kanada und Mexiko erfolgreich praktiziert.“
Grüne	„Ständige Personenkontrollen widersprechen dem Schengener Abkommen, eine der größten Errungenschaften der EU. Polen ist unser direkter europäischer Nachbar und wir freuen uns auf die gemeinsame Zukunft. Täglich pendeln immer mehr Menschen zwischen Polen und Brandenburg, das belebt die Grenzregionen. Wir wollen die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Brandenburg und Polen weiter fördern.“
FDP	„Wir benötigen eine bessere Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf beiden Seiten der Grenze und eine personelle und technische Aufrüstung der Polizei im grenznahen Bereich. Der Abbau des Personals bei der Polizei durch die Landesregierung war und ist ein Fehler. In Verantwortung werden wir diesen Fehler korrigieren und die Ausbildungs- und Einstellungskorridore bei der Landespolizei deutlich erhöhen. Ständige Grenzkontrollen sind auf Dauer kein Weg.“

Das Land Brandenburg soll sich dazu bereit erklären, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen.

DBJR-Beschluss 2015:

„Wir als junge Europäer_innen wollen keine ‚Festung Europa‘, sondern ein offenes, tolerantes Europa, für das die Aufnahme von flüchtenden Menschen in Not selbstverständlich ist. Die Europäische Union muss Flüchtenden geregelte und sichere Passagen nach Europa ermöglichen. Ein solidarischer Neuanfang in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ist unabdingbar!

Insbesondere fordern wir:

[...]

- Die Flucht von Menschen muss spätestens an den EU-Außengrenzen enden. Spätestens ab diesem Zeitpunkt muss eine menschenwürdige Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der Geflüchteten unter Beachtung europäischer und internationaler Standards gewährleistet sein!
- Im europäischen, insbesondere maritimen Grenzraum muss Lebensrettung nach wie vor eine Aufgabe mit Priorität sein.

DBJR (2015): „Uneingeschränkte Solidarität mit flüchtenden Menschen“, Zugriff (21.08.19):

<https://www.dbjr.de/artikel/uneingeschraenkte-solidaritaet-mit-fluechtenden-menschen/>

BDKJ-Beschluss 2019:

„Wir fordern, die Seenotrettung von Seiten der europäischen Staaten wieder aufzunehmen und als humanitäre Pflicht anzusehen sowie sie nicht zu kriminalisieren oder zu behindern.“

BDKJ (2019): „Für unser Europa!“, Zugriff (21.08.19): https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/6/6_13_Fuer_ein_neues_Europa.pdf

SPD	„Der Landtag Brandenburg hat bereits am 17. Mai 2019 einen entsprechenden Antrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE beschlossen.“
CDU	„Die große Mehrheit der aus Seenot geretteten Migranten hat in Europa keine reale Bleibeperspektive, wird also nicht als Flüchtling oder Asylbewerber anerkannt. Aus einer Rettung aus Seenot lässt sich kein Bleiberecht in Deutschland ableiten. Die kriminellen Schleuser wissen das und bringen trotzdem Tag für Tag Menschen in Lebensgefahr. Für uns ist klar, dass die Steuerung und Begrenzung der Migration eine gemeinsame Aufgabe Europas ist.“
Linke	„Der Landtag hat unter unserer Mitwirkung im Mai unter dem Motto Vorangehen für ein menschliches Europa (Drucksache 6/11311-B) einen Beschluss gefasst. In dem wird die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber dem Bund für die Rettung von Menschen in Seenot einzusetzen. Der Landtag erklärte zugleich die Bereitschaft zu einem entsprechenden Bund-Länder-Programm oder einem Landesprogramm.“
AfD	„Aus Seenot gerettete Afrikaner dürfen nicht nach Europa geschleppt werden, sondern müssen direkt an die nordafrikanische Küste zurückgeführt werden. Eine weitere Aufnahme von sog. "Flüchtlingen" lehnen wir ab, für Brandenburg wie auch für ganz Deutschland.“
Grüne	„Es ist eine unerträgliche Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrinken. Seitdem Italien und Malta im vergangenen Sommer ihre Häfen für Rettungsschiffe geschlossen hatten, mussten immer wieder Rettungsschiffe teils wochenlang mit Geretteten an Bord auf See bleiben, bis einzelne EU-Staaten jeweils individuelle Zusagen zur Aufnahmen gemacht hatten. Wir möchten, dass Brandenburg als Vorbild fungiert und aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufnimmt.“
FDP	„Brandenburg sollte seinen Verpflichtungen innerhalb der Bundesrepublik und der EU nachkommen und hilfsbedürftigen Flüchtlingen Schutz gewährleisten. Wir bekennen uns dabei klar zur Rettung von Menschenleben. Aus diesem Grund soll die Grenzschutzagentur Frontex auch Aufgaben der Hochseenotrettung im Mittelmeer wahrnehmen, um weitere Tote durch kenternde Schlepperboote zu verhindern. Bis dahin lehnen wir eine Behinderung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer zur Reduzierung von Fluchtanreizen ab.“

Das Land Brandenburg soll vorrangig ökologische Landwirtschaft fördern.

DBJR-Beschluss 2018:

„Wir als nachfolgende Generation fordern von Bund, Ländern und Kommunen:

[...] eine zukunftsorientierte klimafreundlichere Landwirtschaft, insbesondere:

- durch den Start eines Agrardialogs, bei dem Vertreter*innen aus Politik, Landwirt*innen, Verbraucher*innen sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen gemeinsam an einer Transformation hin zu einer nachhaltigeren, ressourcenschonenderen, Boden besser erhaltenden und emissionsärmeren Produktionsweise beteiligt sind;
- durch eine Förderpolitik, die bäuerliche nachhaltige Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen und klimaschützenden Leistungen entlohnt;
- zum Erhalt von Kulturlandschaften zur Kompensation von Kohlenstoffdioxid-Emissionen;
- durch die Ermöglichung einer jungen, innovativen und veränderungsbereiten Landwirtschaft durch die Sicherstellung frühzeitiger Hofübergaben und den Ausbau der Junglandwirteförderung.“

DBJR (2018): „Den Klimawandel sofort bremsen“, Zugriff (21.08.19): <https://www.dbjr.de/artikel/den-klimawandel-sofort-bremsen-1/>

SPD	„Brandenburg gehört bereits heute zur Spitze beim Ökolandbau in Deutschland. Damit das so bleibt, werden wir für den Ökolandbau in der kommenden Wahlperiode einen dreistelligen Millionenbetrag einsetzen. Wir werden aber auch zukünftig Brandenburgs breit aufgestellte, moderne, ökologische Landwirtschaft unterstützen sei es als Familienbetrieb, Personengesellschaft oder in der Rechtsform einer juristischen Person, ob ökologisch oder konventionell wirtschaftend.“
CDU	„Die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft stehen für uns gleichberechtigt nebeneinander. Wir wollen aber die Wachstumspotenziale bei der ökologischen Landwirtschaft nutzen und Anreize für eine Umstellung schaffen. Unser Ziel ist es, den Anteil der ökologischen Landwirtschaft mittelfristig auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.“
Linke	„Die verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus ist wichtig. Es ist noch viel zu tun, um die von Land und Bund angestrebten 20 % Flächenanteil zu erreichen (jetzt sind es 12 %). Aber die Förderung kann sich nicht nur auf Ökolandbau beschränken, denn auch auf den restlichen 80 % sollen mit Hilfe von Fördermitteln Fortschritte z.B. bei den Arbeitsbedingungen, beim Tierwohl und den Umweltleistungen erreicht werden.“
AfD	„Bei der Produktion von landwirtschaftlichen Gütern müssen ökonomische, soziale sowie ökologische Faktoren berücksichtigt werden. Statt einer einseitigen, ideologisch motivierten Förderung von ökologischer Landwirtschaft, ist die stärkere Unterstützung von regionalen Anbietern anzustreben.“
Grüne	„Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Ackergiften und Überdüngung gehört zu den Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an.“
FDP	„Welche landwirtschaftlichen Produkte die Brandenburgerinnen und Brandenburger individuell bevorzugen, können sie als Kunden selbst entscheiden. Wir Liberale unterstützen eine möglichst breite Palette landwirtschaftlicher Produktionsformen, die dann beim Kunden in einen transparenten Wettbewerb treten und sich am Markt bewähren müssen.“

Es soll mehr verkaufsoffene Sonntage im Land Brandenburg geben.

DBJR-Beschluss 2018:

„Der arbeitsfreie Sonntag ist eine wertvolle Errungenschaft unserer Gesellschaft und elementar für das Gemeinwesen unseres Staates. Der Sonntag ist ein Tag, an dem etwa Familienunternehmungen, gegenseitige Besuche, Ruhepausen sowie die Teilnahme an religiösen oder kulturellen Veranstaltungen möglich sind. Die Menschen haben frei, um gemeinsam Unternehmungen wahrzunehmen, sich zu entspannen oder auch um ihrem ehrenamtlichen Engagement nachzugehen. Somit ist der Erhalt des arbeitsfreien Sonntags auch für die Jugendverbandsarbeit und die Vereinsarbeit von zentraler Bedeutung. Diesen wertvollen Freiraum gilt es zu erhalten und zu bewahren. [...]

Daher fordert der DBJR, dass

- der verfassungsgemäße Schutz von Sonn- und Feiertagen aufrecht erhalten wird,
- die Sonntagsarbeit bundeseinheitlich und verbindlich zu regeln ist,
- die Sonntagsarbeit eingeschränkt bleibt,
- verkaufsoffene Sonntage massiv eingeschränkt werden,
- klare rechtliche Standards gesetzt werden, um Sonntagsarbeit in notwendigen Branchen zu regulieren,
- die Bedürfnisse und die Gesundheit der Beschäftigten bei der Entscheidung über die Ausnahmen des Sonntagschutzes an erster Stelle stehen“

DBJR (2018): „Den arbeitsfreien Sonntag erhalten“, Zugriff (21.08.19): <https://www.dbjr.de/artikel/den-arbeitsfreien-sonntag-erhalten/>

SPD	„Aus Anlass von besonderen Ereignissen dürfen Geschäfte an höchstens fünf Sonn- und Feiertagen im Jahr öffnen. Damit stärken wir den kleinteiligen und für die Innenstädte lebenswichtigen Einzelhandel gegenüber dem Versandhandel. Mehr verkaufsoffene Sonntage als bereits heute lehnen wir ab.“
CDU	„Für belebte Innenstädte spielt der Einzelhandel eine wichtige Rolle. Daher setzen wir uns für eine Angleichung der verkaufsoffenen Sonntage zwischen Brandenburg und Berlin ein, damit auch der brandenburgische Einzelhandel von den positiven Effekten der verkaufsoffenen Sonntage in Berlin profitieren kann.“
Linke	„In den letzten Jahren sind die Ladenöffnungszeiten sehr weitgehend liberalisiert worden. Wir sind gegen eine weitere Lockerung des Sonntagsverkaufsverbotes. Die Notwendigkeit einer strikten Beschränkung der Möglichkeit von Ladenöffnungen besteht auch aus verfassungsrechtlichen Gründen hinsichtlich des besonderen Schutzes der Sonn- und Feiertage.“
AfD	„Die bisherigen Regelungen sind grundsätzlich ausreichend. Als Ruhetag ist der Sonntag integraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Der Umsatzrückgang im Einzelhandel durch Angebote im Internet kann durch verkaufsoffene Sonntage nicht verhindert werden. Der Einzelhandel in Brandenburg konkurriert aber mit den 10 verkaufsoffenen Sonntagen in Berlin. Ein Kompromiss sollte geprüft werden.“
Grüne	„Verkaufsoffene Sonntage behindern die Familienzeit der Angestellten, untergraben den letzten weitgehend kommerzfreien Wochentag und begünstigen die großen Ketten gegenüber den kleinen Läden, die zusätzliche Öffnungszeiten nicht stemmen können.“
FDP	„Die Betriebe vor Ort sollen selbst über die Ladenöffnung an Sonntagen entscheiden - nicht das Land. Eine Freigabe der Öffnungszeiten heißt nicht, dass jedes Geschäft am Sonntag öffnen muss. Die Nachfrage der Kunden wird zeigen, wann und wo es sich lohnt. Dies ist unseres Erachtens auch nötig, damit die Einzelhandelsunternehmen in der Konkurrenz zum Onlinehandel bestehen können und die Vorortversorgung erhalten bleibt.“

Es soll keine sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst geben.

Beschluss BDKJ und aej 2016:

„Befristete Arbeitsverträge, Werksverträge und Leiharbeit führen meist zu großen Unsicherheiten. In einer solchen Situation ist der Aufbau eines eigenständigen Lebens, einer Familie nur schwer möglich. Auch volkswirtschaftlich betrachtet führen prekäre Arbeitsverhältnisse mit schlechter Bezahlung zu weniger Konsum, zu einer erhöhten Zahl von Menschen, die auf ergänzende Zahlungen des Staates angewiesen sind und zu geringeren Beiträgen in Sozialkassen. Die Prekarisierung schwächt auch die Arbeitnehmer_innenvertretung. [...] Deshalb fordern wir das Verbot sachgrundloser Befristungen.“

aej und BDKJ (2016): „Damit die Welt zusammen hält. Gemeinsames Sozialwort der Jugend“, Zugriff (21.08.19):

https://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Die_aej/Downloads/Publikationen/PDF-Ausgaben/aej_BDKJ_gemeinsames_sozialwort_der_jugend.pdf

SPD	„Die Befristung von Arbeitsverträgen ist für viele Menschen die größte Unsicherheit in ihrem Arbeitsleben. Befristung darf nicht die Regel sein. Daher setzen wir uns für eine Verringerung der Zahl befristeter Beschäftigter ein. Den öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg sehen wir auch in der Pflicht, befristete Arbeitsverhältnisse abzubauen und sachgrundlose Befristungen auszuschließen.“
CDU	„Im öffentlichen Dienst müssen Festanstellungen der Regelfall sein. Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge darf es im öffentlichen Dienst nur in strikten Ausnahmefällen und in enger zeitlich Begrenzung geben.“
Linke	„Mit der Agenda 2010 wurde der Grundstein für die Liberalisierung des Arbeitsmarkts gelegt. Ziel von SPD und Grünen war es, Deutschland für Arbeitgeber attraktiver zu machen und das geschah auf Kosten der Beschäftigten. In diese Entwicklung ordnet sich die Ausweitung befristeter Arbeitsverträge ein. Gegen die hat sich DIE LINKE immer gewehrt. In Regierungsverantwortung haben wir die Zahl der sachgrundlosen Befristungen im Landesdienst reduziert diesen Kurs wollen wir fortsetzen.“
AfD	„Der Staat hat als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Der öffentliche Dienst muss somit bei der Bekämpfung von sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen vorangehen und seinen Mitarbeitern eine solide berufliche Entwicklung bieten, die eine langfristige Familienplanung ermöglicht.“
Grüne	„Befristete Arbeitsverträge, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der Arbeitgeber einseitig auf die Beschäftigten.“
FDP	„Wir stehen an der Seite der Menschen, für die Flexibilität des Arbeitsmarktes Teilhabe und die Verwirklichung der eigenen Ziele bedeutet. Die sachgrundlose Befristung kann hier insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen eine Chance sein, überhaupt wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wir stehen daher nach wie vor zu diesem Instrument der Flexibilisierung. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung ermöglicht sie zudem, agil auf neue Entwicklungen reagieren zu können.“

Das Land Brandenburg soll Modellprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen durchführen.

BDKJ-Beschluss 2013:

„Aus der Perspektive der heutigen jungen Generationen und zukünftiger Generationen ist das Grundeinkommen für den BDKJ Maßstab für die Position zu aktuellen sozial- und finanzpolitischen Fragen und Entscheidungen, um schrittweise diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Die Einführung eines eigenständigen Kinder- und Jugendgrundeinkommens als ersten Schritt hin auf ein Grundeinkommen für alle Bevölkerungsgruppen dient der eigenständigen Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche und verhindert Kinder- und Jugendarmut.“

BDKJ (2013): „Gerechte Generationenpolitik - zukunftsfähig und solidarisch“, Zugriff (21.08.19):
https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3-66_Generationengerechtigkeit.pdf

DBJR-Beschluss 2013:

„Der DBJR fordert [...] die Einführung eines leistungsunabhängigen Grundeinkommens ohne Bedürftigkeitsnachweis und Erwerbsarbeitszwang zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherung und damit die Herstellung gleicher gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen in unserem Land.“

DBJR (2013): „Für einen leistungsfähigen Sozialstaat - Sozialpolitische Leitlinien des DBJR“, Zugriff (21.08.19):
<https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2013/2013-DBJR-Position-vv-96-sozialpolitik.pdf>

SPD	„Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das Recht auf Arbeit. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen.“
CDU	„Aufgabe des Sozialstaates ist es, Menschen in Not zu helfen. Dazu braucht es kein bedingungsloses Grundeinkommen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern. Dabei stehen wir für die Soziale Marktwirtschaft ein, die ihre Stärke daraus bezieht, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sozial ist, was Arbeit und auskömmliches Einkommen schafft. Sozial ist es, den Menschen die Chance zu geben, ihren Unterhalt selbst zu verdienen.“
Linke	„DIE LINKE thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbände. Dabei ist DIE LINKE nicht entschieden, wir wollen die Diskussionen dazu weiterführen. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.“
AfD	„Projekte in anderen Ländern haben gezeigt, dass das sogenannte bedingungslose Grundeinkommen kaum Auswirkungen auf die gewünschten Ziele hat. Es ist nicht einzusehen, warum selbstgewähltes, unproduktives Handeln gegenüber einer Leistungserbringung für die Gesellschaft belohnt werden soll. Wir glauben weiterhin an die klassischen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit und wollen keine Experimente auf Kosten der Steuerzahler.“
Grüne	„Das Bedingungslose Grundeinkommen ist in aller Munde. Wir möchten die Diskussion gern auch mit Hilfe konkreter Fakten führen. Deshalb wollen wir Modellprojekte durchführen, um eine Datenbasis für die weitere Diskussion zu schaffen.“
FDP	„Wir finden es fair und solidarisch, Bedingungen für die Auszahlung von Transfereinkommen zu stellen, welche von anderen in der Gesellschaft erwirtschaftet werden. Wir wollen jedoch alle Sozialleistungen an einer staatlichen Stelle bündeln, sodass Menschen, die auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, nicht mehr von Amt zu Amt rennen müssen. Auch die Arbeitsaufnahme lohnt sich mehr, weil selbst verdientes Einkommen nur prozentual angerechnet werden soll und geringer als heute.“

In Brandenburg sollen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Sammelunterkünften untergebracht werden.

BDKJ-Beschluss 2015:

„Langfristige Sammelunterkünfte sind als nicht menschenwürdig abzuschaffen und die Praxis Asylsuchende, die abgeschoben werden sollen, zu inhaftieren, ist dauerhaft zu beenden. Gerade für Kinder- und Jugendliche muss in jedem Einzelfall familiäre, kulturelle und soziale Bindung, die Asylsuchende mit Deutschland verbinden, ernsthaft geprüft und berücksichtigt werden.“

BDKJ (2015): „Willkommen! Geflüchteten jetzt Perspektiven öffnen“, Zugriff (21.08.19):

https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3-70_Willkommen_Gefluechteten_jetzt_Perspektiven_oeffnen.pdf

SPD	„In Brandenburg werden Asylbewerberinnen und Asylbewerber zunächst in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung aufgenommen. Diese geflüchteten Menschen werden dann auf die Landkreise und kreisfreie Städte verteilt. Dort werden sie vorübergehend in Gemeinschaftsunterkünften, Wohnungsverbünde oder Übergangswohnungen untergebracht. Sobald ihr Status geklärt ist, sollen die Menschen ausschließlich in Wohnungen untergebracht werden.“
CDU	„Wir wollen eine zentrale Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtung (AnKER-Zentrum) in Brandenburg einrichten. Eine Sammelunterkunft in Form eines AnKER-Zentrums ermöglicht es, Asylverfahren zu beschleunigen. Nur anerkannte Asylbewerber verteilen wir anschließend auf geeignete und verfügbare Unterkünfte im ganzen Land, bei denen es sich nicht unbedingt um Sammelunterkünfte handeln muss.“
Linke	„DIE LINKE ist dafür, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber so schnell wie möglich in dezentralen, kleinen Einrichtungen untergebracht werden, in denen ihre soziale, gesundheitliche und psychologische Betreuung entsprechend den Notwendigkeiten gesichert werden kann.“
AfD	„Asylbewerber sind in Sammelunterkünften unterzubringen, damit eine ggfs. notwendige Abschiebung zügig erfolgen kann.“
Grüne	„Wir wollen Asylsuchende möglichst schnell in unsere Gesellschaft integrieren, mit Sprachkursen, Bildung und Ausbildung, Zugang zu Arbeit und Wohnung. Den Aufenthalt in der Erstaufnahmestelle und in Sammelunterkünften wollen wir möglichst begrenzen und die Geflüchteten sobald wie möglich in Wohnungen unterbringen.“
FDP	„Wir brauchen Einrichtungen, in denen die Verfahren zügig abgewickelt werden können. Wer ein Bleiberecht bekommt, kann in den Kommunen dezentral untergebracht werden und sich integrieren. Wer kein Bleiberecht bekommt, sollte direkt aus den Einrichtungen zurückgeführt werden.“

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll die Schiene Vorrang vor der Straße haben.

DBJR-Beschluss 2018:

„Wir als nachfolgende Generation fordern von Bund, Ländern und Kommunen:

[...] eine klimaschonende Verkehrswende, insbesondere durch:

- den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenfernverkehrs als Alternative zum Individualverkehr, ganz besonders auch in den ländlichen Räumen;
- die Förderung des Radverkehrs durch den Ausbau seiner Infrastruktur, wie Radwege und Bereitstellung von Leihrädern und Lastenrädern;
- einen Umbau der Städte und Gemeinden zu für Fußgänger*innen freundlichen Lebensräumen mit kurzen Wegen durch eine Durchmischung der Funktionen Arbeiten, Wohnen und Versorgen;
- die mittelfristige Umstellung der Produktion von PKW mit Verbrennungsmotoren hin zu klimafreundlichen Fahrzeugtechnologien, das Ende der Dieselsubventionen sowie die Rücknahme der EU-Regelung zur Beimischung von Biotreibstoffen;
- die Einführung einer Kerosinsteuer sowie einer Mehrwertsteuer auch auf internationale Flüge und eine Sonderabgabe auf Kurzstreckenflüge;
- klimafreundliches betriebliches Mobilitätsmanagement;
- eine Verlagerung des aktuell straßengebundenen klimaschädlichen Güterverkehrs hin zu klima- und umweltschonenden Transportmöglichkeiten.“

DBJR (2018): „Den Klimawandel sofort bremsen“, Zugriff (21.08.19): <https://www.dbjr.de/artikel/den-klimawandel-sofort-bremsen-1/>

SPD	„Wir bauen den Regionalverkehr massiv aus. Wir erhöhen das Angebot im Schienennahverkehr um etwa ein Drittel und setzen auf den Hauptstrecken mehr Züge und Wagen ein. Ab 2022 werden wir das Angebot im Regionalverkehr um etwa 5 Mio. zusätzliche Zugkilometer (ein Plus von 15%) aufstocken. Den Stundentakt auf vielen Bahnstrecken verdichten wir auf den besonders stark frequentierten Linien mind. auf einen 30-Minuten-Takt. Zudem wollen wir auch mehr Güterverkehr auf die Schiene bringen.“
CDU	„Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Miteinander der Verkehrssysteme ein. Eine einseitige Festlegung auf ein bestimmtes Verkehrsmittel widerspricht dem Recht des einzelnen Menschen auf individuelle Mobilität. Der Verkehr wird weiter zunehmen, deshalb sind grundsätzlich mehr Investitionen in die gesamte Verkehrsinfrastruktur notwendig. Hinzu kommen unterschiedliche Verantwortlichkeiten: Für die Landstraßen ist allein das Land zuständig, für die Schiene nur teilweise.“
Linke	„Wir wollen für eine langfristige Entwicklung in gesunder Luft und emissionsarmer Umgebung dafür streiten, dass Brandenburg und Berlin weiter auf die Schiene und auf deren konsequenten Ausbau setzen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Europäischen Achsen und europäischen Korridore im Regional- und insbesondere Fernverkehr. DIE LINKE plädiert für eine Stärkung des Umweltverbundes und den Ausbau bzw. die Reaktivierung vorhandener Bahnstrecken.“
AfD	„Die AfD tritt für ein landesweit ausgewogenes Verkehrskonzept ein. Individualverkehr und ÖPNV müssen sich ergänzen und sind nicht als Gegenspieler zu begreifen. Der Individualverkehr bietet dem Bürger, insbesondere auf dem Land, persönliche Freiheit in seiner Mobilität. Diese Freiheit will die AfD erhalten.“
Grüne	„Das Straßennetz ist aus unserer Sicht bereits gut ausgebaut und bei der Straße gilt für uns "Erhalt vor Neubau". Bei der Schiene gibt es dagegen zahlreiche infrastrukturelle Engpässe, die einer Verbesserung des Angebots im Wege stehen. Dafür braucht es mehr Gleise, Bahnhofsumbauten und den Ausbau der Elektrifizierung.“
FDP	„Der Erhalt und Ausbau unserer Verkehrswege ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen die jahrelange Unterfinanzierung beenden und die Investitionen gleichermaßen sowohl in die Straßen- als auch in die Schieneninfrastruktur deutlich erhöhen.“

Das Schulsystem aus Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien soll langfristig erhalten bleiben.

Beschluss BDKJ und aej 2016:

„Anstelle einer Differenzierung in verschiedene Schulformen bedarf es einer leistungsabhängigen Differenzierung in einzelnen Fächern durch Grund- und Erweiterungskurse auf einer gemeinsamen Schule. Somit wird das Erreichen eines bestimmten Schulabschlusses den Lernenden nicht schon frühzeitig erschwert und sie können individuell und fachbezogen gefördert werden. [...]

Deshalb fordern wir anstelle des dreigliedrigen Schulsystems die flächendeckende Einführung nur einer Schulart. Die leistungsabhängige Förderung findet dort fächerbezogen statt.“

aej und BDKJ (2016): „Damit die Welt zusammen hält. Gemeinsames Sozialwort der Jugend“, Zugriff (21.08.19):

https://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Die_aej/Downloads/Publikationen/PDF-Ausgaben/aej_BDKJ_gemeinsames_sozialwort_der_jugend.pdf

SPD	„Wir treten für Schulfrieden in unserem Land ein. Brandenburg besitzt ein klar strukturiertes, verlässliches, vielfältiges und durchlässiges Schulsystem. Deshalb verzichten wir auf grundlegende Strukturveränderungen. Die Modellversuche zur Schaffung von Schulzentren werden wir weiter fortsetzen.“
CDU	„Jedes Kind hat ein Anrecht auf gute Bildung. Deshalb werden wir eine Bildungskommission mit breiter gesellschaftlicher Verankerung einsetzen. Gemeinsam wollen wir uns bis zum Jahresende 2020 auf ein verlässliches sowie leistungs- und chancengerechtes Schulsystem verständigen. Wie genau dieses Schulsystem aussehen kann, hängt von den Ergebnissen der Kommission ab. Wir werden weder Schüler noch Lehrer mit überzogenen Reformen überfordern.“
Linke	„Wir präferieren ein Bildungssystem, in dem Schüler*innen möglichst lange gemeinsam lernen und gleichen Zugang zu Bildung erhalten, unabhängig von Herkunft, individuellen Voraussetzungen und dem Geldbeutel der Eltern. Neben dem Bildungserfolg ist die Ausbildung sozialer Kompetenzen wichtig. In einer inklusiven Schule sollen Kinder von- und miteinander lernen und entsprechend ihrer Voraussetzungen gefördert werden. Das erfolgt aus unserer Sicht am besten in Gemeinschaftsschulen.“
AfD	„ Unser Schulsystem muss die jeweilige Begabung und Leistungsbereitschaft der Schüler berücksichtigen. Wir treten daher für ein gegliedertes Schulsystem ein, das ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen den Schulformen bietet. Einheitsschulen, wie die Gesamtschule oder die Gemeinschaftsschule, haben sich als ungeeignet erwiesen, den sehr unterschiedlichen Begabungen und der Leistungsbereitschaft der Schüler gerecht zu werden. Schwächere Schüler werden überfordert, leistungsstärkere unterfordert.“
Grüne	„ Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt wollen wir die Oberschule stärken und zu einer Schule entwickeln, die auch den Bildungsgang zur Allgemeinen Hochschulreife einschließt. Gerade in ländlichen Regionen wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen, die alle Abschlüsse ermöglichen und niemanden frühzeitig ausschließen.“
FDP	„Jedes Kind verfügt über unterschiedliche Stärken und Schwächen und spricht auf unterschiedliche Anreize zum Lernen an. Um jedes Kind individuell zu fördern, sollen Schulen nach unterschiedlichen Konzepten arbeiten und je nach Profil unterschiedliche Lern- und Förderangebote unterbreiten dürfen.“

Bei der Besetzung von Wahllisten für den brandenburgischen Landtag sollen abwechselnd Frauen und Männer vertreten sein.

BDKJ-Beschluss 2019:

„Bereits vor knapp 30 Jahren trat der BDKJ für die Gleichstellung von Mädchen und Frauen in Politik und Parlamenten mit der Forderung ein, dass ‚eine Parität geschaffen [wird], die sich sowohl quantitativ als auch qualitativ auswirkt‘. Das bedeutet die ‚Quotierung (50:50) der Ämter des öffentlichen Lebens‘ und die ‚Teilhabe von Frauen an Leitungs- und Entscheidungspositionen‘. [...]

Es ist an der Zeit, Artikel 3, Absatz 2, des Grundgesetzes ‚Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin‘ endlich auch für die Parlamente umzusetzen. Die Beispiele in anderen Ländern zeigen: Wenn der politische Wille für gleichberechtigte Teilhabe aller in den Parlamenten vorhanden ist, sind auch rechtliche Änderungen möglich.

Deshalb setzen wir uns als BDKJ bei der nächsten Wahlrechtsreform für Geschlechterparität und, entsprechend der bisherigen Beschlüsse des BDKJ, auch für eine Wahlalterabsenkung ein. Wir fordern die in den Parlamenten vertretenen Parteien auf, im Rahmen von Wahlrechtsreformen sicherzustellen, dass Männer und Frauen je zur Hälfte die Mandate in den Parlamenten innehaben - sowohl bei Listenmandaten als auch bei Direktmandaten. Zudem unterstützten wir den Aufruf #mehrfrauenindieparlamente des Deutschen Frauenrats.“

BDKJ (2019): „Geschlechterparität in allen deutschen Parlamenten - jetzt!“, Zugriff (21.08.19):

https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/4/4_39_Beschluss_Geschlechterparitaet_in_allen_deutschen_Parlamenten.pdf

SPD	„Die Gleichberechtigung aller Geschlechter erfüllen wir in Brandenburg mit Leben. Mit der Aufnahme von paritätischen Listen in das Landeswahlgesetz sind wir bundesweiter Vorreiter. Diese Regelungen gilt es, in den kommenden Jahren umzusetzen. Wir werden Frauen weiter unterstützen, sich aktiv einzubringen. Wir werden dabei gemeinsam mit den Kommunen Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt für alle Geschlechter schaffen.“
CDU	„Die Gleichstellung von Frauen und Männern wollen wir weiter fördern. Frauen sollten generell mehr politische Ämter innehaben, um dem Ziel der repräsentativen Demokratie, die Gesellschaft möglichst gut abzubilden, gerecht zu werden. Eine Besetzung von Wahllisten abwechselnd mit Frauen und Männern sollte jedoch nicht erzwungen werden. Das im Januar 2019 vom Landtag beschlossene Paritätsgesetz halten wir verfassungsrechtlich für bedenklich, weil es zu stark in das Wahlrecht eingreift.“
Linke	„Die paritätische Vertretung der Geschlechter im Landtag ist zentrale Voraussetzung für die gleichberechtigte Interessenvertretung von Frauen und Männern. Der Landtag hat im Frühjahr 2019 die paritätische Besetzung der Landeslisten zur Landtagswahl beschlossen. Danach haben Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen die Landeslisten so zu fassen, dass abwechselnd Frauen und Männer auf der Liste stehen. Diese Regelung gilt erstmals für die Wahl des 8. Brandenburger Landtages.“
AfD	„Eine Geschlechterquote wäre eindeutig verfassungswidrig, da hierdurch gegen den Grundsatz der Gleichheit der Wahl verstoßen würde und außerdem Rechte der Parteien verletzt würden. Zum einen würde nämlich dadurch den "falschen" Kandidaten verwehrt werden zu kandidieren, obwohl sie dies wollen, zum anderen den Wählern verwehrt zu wählen, wen sie wollen und schließlich würde den Parteien eine feministische Programmatik aufgezwungen, ob sie dies wollen oder nicht.“
Grüne	„Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach noch ein nicht eingelöstes Versprechen. Wir wollen, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung auch in allen gewählten Gremien der Politik Brandenburgs (Landtag, Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen) vertreten sind.“
FDP	„Wir unterstützen das Anliegen, den Anteil von Frauen im Amt und Mandat zu erhöhen. Das in Brandenburg verabschiedete Paritätsgesetz beschneidet jedoch die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine gesetzliche Quotierung politischer Listen nach Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft, Ethnie oder sexueller Orientierung lehnen wir ab.“